

NEWSLETTER

Liebe Leserinnen und Leser,

das Ende der ersten Förderphase ist erreicht und ich freue mich, dass wir ein weiteres Jahr zusammenarbeiten werden, um die Ergebnisse und Erkenntnisse in der Praxis implementieren zu können.

Viel Arbeit in den jeweiligen Teilprojekten liegt hinter den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber viel wollen wir auch noch erreichen. Dazu werden wir nun enger und pointierter zusammenarbeiten.

Glücklicherweise werden viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Team dabei bleiben. Leider verlassen uns einige Mitarbeitende aus ganz verschiedenen Gründen, und so möchte ich mich im Namen des Verbundes von Philipp Laue, Aylin Kuruçelik, Annemarie Bierstedt und Anne Maltusch verabschieden und ihnen für die gute Arbeit in der zurückliegenden Projektphase danken und ihnen für die Zukunft alles Gute wünschen.

Vor uns liegt ein ambitionierter Katalog an Zielen für die nächste Phase und ich bin zuversichtlich, dass wir mit dem Erreichen dieser Ziele unsere Kooperation zu einem guten Ende bringen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Bernhard Strauß,
Sprecher des Verbundes

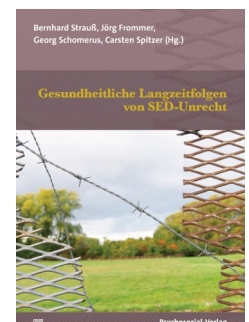
Die zwei Phasen der Verbundarbeit

Als im Juli 2021 der Verbund aus den Magdeburger, Jenaer, Rostocker und Leipziger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen begann das Thema zu den gesundheitlichen Langzeitfolgen von SED-Unrecht zu bearbeiten, war klar, dass diese Arbeit durch den Ostbeauftragten der Bundesregierung für drei Jahre gefördert werden würde. Die Komplexität des Themenfeldes, welches sich am stärksten dadurch bemerkbar machte, dass den Betroffenen verständlicherweise eine gewisse Skepsis und Zurückhaltung fremden Institutionen gegenüber eigen ist, führte schnell dazu, dass deutlich wurde, wie eng und ambitioniert die Zeitpläne der Teilprojekte waren. So konnten zwar die Datenerhebungen und Analysen in der zur Verfügung stehenden Zeit abgeschlossen werden, aber eine zufriedenstellende Verbreitung der Ergebnisse, insbesondere unter den Betroffenen, aber auch allen anderen Personen, die mit oder für Betroffene arbeiten, war nicht mehr realisierbar und auch nicht Teil der ersten Phase.

Daher starteten bereits frühzeitig die Bemühungen der Projektleitungen, nach Wegen einer Weiterfinanzierung zu suchen. Sehr starke Unterstützung gab es von Beginn an aus dem Arbeitsstab des Ostbeauftragten in persona von Dr. Andreas Helle und Dr. Christoph Drapatz. So konnte die Förderung für ein weiteres Jahr sichergestellt werden, nun mit einem Fokus auf der Übertragung der Erkenntnisse in die Praxis und Realität der Betroffenen. Wir haben uns spannende Aufgaben ins Programm geschrieben und werden darüber auf verschiedenen Wegen berichten. Als Hauptinformationsquelle wird dabei unsere Homepage www.sed-gesundheitsfolgen.de dienen. Besuchen Sie diese gerne regelmäßig für Updates und Neuigkeiten.

Erstes Buch stellt Teilprojekte detailliert vor

Rechtzeitig zur Ergebnispräsentation in Leipzig ist auch das erste Buch des Verbundes unter dem Namen „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ erschienen. Es wurde von den Projektleitern Prof. Strauß, Prof. Frommer, Prof. Schomerus & Prof. Spitzer durch den Psychosozial-Verlag Gießen herausgebracht und enthält Beiträge von allen Verbundmitarbeitenden zu den jeweiligen Themen. Die 204 Seiten starke Publikation ist als gebundene Buch (<https://psychosozial-verlag.de/programm/1000/6201-detail>) und als kostenfreies E-Book erschienen (<https://psychosozial-verlag.de/programm/1000/3329-detail>).



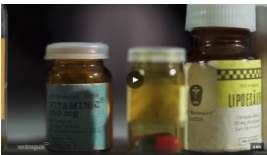
Präsentation der Ergebnisse in Leipzig

Am 6. Juni 2024 trafen sich in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Universitätsklinikums Leipzig der Verbund, der Fachbeirat des Verbundes und erstmalig eine interessierte Fachöffentlichkeit, um gemeinsam die Ergebnisse von drei Jahren Forschungsarbeit zu diskutieren. Gastgeber Prof. Georg Schomerus und sein Team sorgten für eine angenehme Atmosphäre im historischen Hörsaal der Klinik sowie für das kulinarische Wohl der Gäste. Übertragen wurde die Veranstaltung via Zoom für diejenigen, die eine persönliche Anreise nicht ermöglichen konnten. Eine Pressekonferenz informierte vorab die Medien. Am folgenden Tag kamen der Fachbeirat und die Mitarbeitenden zusammen, um gemeinsam die Perspektiven, aber auch erwartbare Herausforderungen zu diskutieren.



Auch wenn zu diesem Zeitpunkt die neue Förderphase zwar wahrscheinlich, aber noch nicht vertragssicher war, wurde der Wille und die Energie deutlich, uns gemeinsam weiter für die Verbesserungen der Situation von Betroffenen einzusetzen.

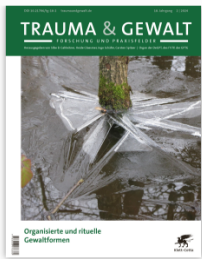
TV und Printmedien



Am 21. Juni 2024 zeigte das „NDR Nordmagazin“ den Beitrag „DDR-Doping: Rostocker Studie belegt Langzeitfolgen bei Opfern“ bei dem unsere Wissenschaftlerin Diana Krogmann interviewt wurde. Es kann auf der Webseite des NDR unter <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/DDR-Doping-Rostocker-Studie-belegt-Langzeitfolgen-bei-Opfern.ddrsport106.html> angeschaut werden. Eine Auflistung aller Pressemeldungen zum Verbund können Sie auf unserer Homepage verfolgen.

Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften

Gewalt in organisierten Gewaltstrukturen in der DDR: Eine Erhebung im Hilfesystem



Philipp Laue & Bernhard Strauß, *Trauma & Gewalt*, 2024, 18(2): 130-145

Gewalt in organisierten Gewaltstrukturen (GOG) wird als Form lang anhaltender, wiederholter, meist sexualisierter Gewalt vor allem gegenüber Kindern, Jugendlichen oder Frauen durch vernetzte Täter und Täterinnen zur finanziellen und machtbezogenen Bereicherung verstanden. Dass diese Gewaltform vor dem zeitlichen und geografischen Hintergrund der DDR stattfand, implizieren vereinzelte Betroffenenberichte und historische Analysen. Diese Studie bietet einen ersten Beitrag in diesem Forschungsbereich: N = 45 Akteure und Akteurinnen aus dem Hilfesystem potenziell Betroffener wurden mit einem Online-Fragebogen nach ihrem allgemeinen Verständnis des Konstrukts GOG, Besonderheiten in der praktischen Arbeit mit Betroffenen sowie DDR-spezifischen Inhalten und praxisbezogenen Besonderheiten befragt. Zwei wesentliche Ergebnisse verdeutlichen: (a) Bedarfe und Herausforderungen im Hilfesystem bei Betroffenen von GOG bzw. GOG in der DDR ähneln sich trotz weiterer DDR-spezifischer Ergebnisse (z. B. Gewaltkontexte / -akteure und -akteurinnen, historisches Wissen). (b) GOG wird mitunter mit inhaltsnahen Gewaltarten vermischt (z. B. Gewalt in Institutionen, rituelle Gewalt), was sich in DDR-spezifischen Ergebnissen widerspiegelt. Für eine bedarfsgerechte Betroffenenunterstützung sollte diese definitorische Trennschärfe angestrengt werden. <https://doi.org/10.21706/tg-18-2-130>

Ich wollte diesen scheiß Sport nicht machen: Die Fallgeschichte einer ehemaligen DDR: Leistungssportlerin und eines heutigen DDR-Dopingopfers

Annemarie Bierstedt, Ina Hunger & Carsten Spitzer, *Trauma & Gewalt*, 2024, 18(3): 208-223

Den DDR-Leistungssport zeichnete neben seiner politischen Instrumentalisierung, dem umfassenden körperlichen und psychischen Zugriff auf die Athleten und Athletinnen und den mit einer erfolgreichen Leistungssportkarriere verbundenen Gratifikationen u. a. ein staatliches Dopingssystem aus, von dem auch Minderjährige unwissentlich betroffen waren. Mittels des qualitativ-interpretativen Forschungsansatzes der ›Reflexive Grounded Theory‹-Methodologie wurden autobiografisch-narrative Interviews ausgewertet, um zu untersuchen, welche biografischen Verläufe und Selbstnarrative vor dem Hintergrund der DDR-Leistungssporterfahrung konstruiert werden. Anhand der Fallgeschichte einer ehemaligen DDR-Leistungssportlerin, welche heute anerkanntes Dopingopfer ist, werden typische Erfahrungen von Fremdbestimmung, Vereinnahmung und Unterdrückung Minderjähriger durch eine DDR-Fürsorgeinstitution illustriert. Besondere Berücksichtigung findet die Verwobenheit mit Gewalterfahrungen im eigenen Elternhaus. Die biografische Leidensentwicklung bezieht sich dabei sowohl auf somatische Schäden durch das unwissentliche Doping und überanstrengende Training als auch auf eine psychische und biografische Beeinträchtigung durch eine gescheiterte Identitätssuche.

<https://doi.org/10.21706/tg-18-3-208>



Editorial. Historische Traumatisierungen in der DDR: Neue Sichtbarkeit und anhaltendes Erleiden

Adrian Gallistl & Jörg Frommer, *psychosozial*, 2024, 176(2): 5-12



Der Diskurs um Opfer von staatlichem Unrecht der DDR befindet sich im Wandel. Standen nach dem Mauerfall zunächst vor allem Betroffene politischer Haft im Fokus der klinischen Fächer, wurden mit dem Wandel der historischen Situation zunehmend neue Betroffenenengruppen sichtbar, deren ehemals als normal geltendes historisches Erleben nun als traumatisches Erleiden erkennbar wurde. Ein Erleiden, welches oft bis heute anhält. Sowohl der ›politische‹ als auch der DDR-spezifische Gehalt dieses Erleidens wurde indes immer weniger selbstvident und somit zu einer theoretischen Herausforderung für weitere Forschung.

Das Schwerpunktheft bietet eine aktuelle Bestandsaufnahme des einschlägigen psychosozialen Forschungsfeldes. Die versammelten Beiträge befassen sich mit drei Themen: Konzeptionellen Überlegungen zum politisch-gesellschaftlichen Gehalt von Traumatisierung im DDR-Kontext, Befunden zu anhaltenden Leidensprozessen und der Auseinandersetzung mit Defiziten der bisherigen Aufarbeitungsbemühungen mit der Intention, diese adäquater auf Betroffene auszurichten.

Mit Beiträgen zum Themenschwerpunkt von Maya Böhm, Angelika Censebrunn-Benz, Silke Birgitta Gahleitner, Heide Glaesmer, Doreen Hoffmann, Helena Hotopp, Dean Pérez Peralta, Edda Rohrbach, Manuela Rummel, Kris Per Schindler, Georg Schomerus, Anne Weiß und Martin Wieser sowie mit einem Freien Beitrag von Lars Dietrich, Josef Hofman und David Zimmermann

<https://doi.org/10.30820/O171-3434-2024-2-5>

Stigmaresistenz nach politischer Haft in der DDR: Ein kontrastiver Fallvergleich

Anne Weiß & Georg Schomerus, psychosozial, 2024, 176(2): 36-48



Um der Frage nachzugehen, ob Betroffene von SED-Unrecht, die in der DDR Stigmatisierung erfahren, bis in die Gegenwart damit konfrontiert sind, wurden im Rahmen einer qualitativen Studie zwei ausgewählte Fälle kontrastiv verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass einerseits strukturelle Stigmatisierung im Rahmen der Geltendmachung von Ausgleichsansprüchen mit einer hohen Belastung einhergeht und eine Kontinuität von (Selbst-)Stigmatisierungsprozessen deutlich werden kann, andererseits folgenreiche Stigmaerfahrungen und gesundheitliche Folgen nach politischer Haft aber nicht in jedem Fall auftreten. Es werden Faktoren für Stigmaresistenz herausgearbeitet und Implikationen diskutiert.

<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2024-2-36>

Szenische Informationen bei der Begutachtung gesundheitlicher Folgeschäden nach politischer Haft in der DDR: Eine Fallgeschichte

Kris Per Schindler, psychosozial, 2024, 176(2): 49-62

Für ehemals in der DDR politisch Inhaftierte besteht die Möglichkeit, Versorgungsleistungen für gesundheitliche Folgeschäden gemäß §21 StrRehaG geltend zu machen. In der Praxis zeigt sich trotz wissenschaftlich belegter physischer und psychischer Traumafolgestörungen nach politischer Haft eine erhebliche Diskrepanz zwischen Antragstellung und positiver Bescheidung. Die bestehende Literatur fokussiert bereits die besondere Situation der Gutachter und Gutachterinnen bei der sozialrechtlichen Begutachtung. Dabei blieb bisher die Bedeutung von szenischen Informationen, die sich im Kontakt mit den Betroffenen herstellen, allerdings weitestgehend unbeachtet. In diesem Beitrag werden szenische Informationen anhand einer Fallgeschichte skizziert, die aus einem qualitativen Forschungsprojekt über das Erleben der Entschädigungspraxis ehemals politisch Inhaftierter in der DDR stammt. Die Erschließung des Gegenstandes erfolgt durch die systematische Auswertung des Erlebnisprotokolls des Interviewers, des Interviewmaterials sowie durch Einbindung der Resonanzphänomene der Auswertungsgruppe. Der Einbezug der Erfahrungen des Interviewers während des Forschungsprozesses ermöglicht einen erweiterten Zugang zu Hindernissen, die im intersubjektiven Kontakt entstehen können und sich szenisch darstellen. Der Beitrag schließt mit der Diskussion zweier Effekte, die einen zusätzlichen Ansatzpunkt bei der Untersuchung der Diskrepanz von Antragstellung und positiver Bescheidung darstellen können: Verfremdung und Verzögerung bei der Vermittlung des Erlebten.



<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2024-2-49>

Gesundheitliche Langzeitfolgen von Zersetzung in der Deutschen Demokratischen Republik: „Leise“ Repressionen und ihre Folgen für Betroffene

Die Psychotherapie
vormals Psychotherapeut

Ruth Marheinecke, Anne Maltusch, Hannah Nussmann, Carsten Spitzer, Veronika Engert & Bernhard Strauß, Die Psychotherapie—Schwerpunkt: Gesundheitliche Langzeitfolgen der SED-Diktatur, 2024

Hintergrund: Noch heute leiden Menschen unter den Folgen politischer Repression in der DDR. Die sog. Zersetzung war eine „leise“ politische Repressionsmethode in der DDR,

mit dem Ziel, politische Feinde dadurch unschädlich zu machen, dass deren Ängste geschürt und Selbstbewusstsein untergraben wurde. *Ziel der Arbeit:* Obwohl Schätzungen auf eine signifikante Zahl von Personen hinweisen, die von Zersetzung betroffen waren, besteht weiterhin ein Mangel an Wissen über diese Repressionsmethode. In einer narrativen Übersicht werden die Methoden, Mechanismen und Auswirkungen von Zersetzung in der DDR sowie Parallelen zu Repressionsmethoden in heutigen autoritären Regimen beschrieben. *Material und Methoden:* Die verfügbare Literatur zu den Methoden und Folgen politischer Repression in der DDR wird zusammengefasst und exemplarisch mit Literatur zu aktuellen Repressionsphänomenen, die auf ähnlichen Mechanismen basieren wie die Zersetzung, verbunden. *Ergebnisse:* Zersetzung kombinierte, individuell zugeschnitten, spezifische Repressionsmaßnahmen, wie die Inszenierung beruflicher Misserfolge oder die Streuung von Gerüchten, um politische Oppositionelle zum Schweigen zu bringen. Betroffene weisen in Studien, die nach der deutschen Wiedervereinigung bis heute durchgeführt wurden, psychologische, psychosoziale und physiologische Langzeitfolgen auf. Insbesondere affektive und Angststörungen erreichen eine hohe Lebenszeitprävalenz in dieser Gruppe. Zudem zeigen Betroffene gehäuft Misstrauen in Beziehungen und weitere interpersonelle Schwierigkeiten. Auch in der heutigen Zeit werden in manchen autokratisch geführten Ländern ähnliche Formen der politischen Repression eingesetzt. *Diskussion:* Das Wissen um die leise Repressionsform, ihre Mechanismen und Langzeitfolgen sowie die Anerkennung ihrer Folgen sind unverzichtbar für eine angemessene Gesundheitsversorgung ehemals und zukünftiger Betroffener.

<https://doi.org/10.1007/s00278-024-00731-8>

Die langen Schatten komplexer Sportschädigungen: Psychische Beeinträchtigung von minderjährig zwangsgedopten, ehemaligen DDR-LeistungssportlerInnen

Die Psychotherapie vormals Psychotherapeut

Diana Krogmann, Eva Flemming & Carsten Spitzer, Die Psychotherapie—
Schwerpunkt: Gesundheitliche Langzeitfolgen der SED-Diktatur, 2024

Hintergrund: Das politisch instrumentalisierte und ideologisch gerahmte Leistungssportsystem der DDR zeichnete sich nicht nur durch eine konspirative Dopingpraxis – gerade von Minderjährigen und jungen Erwachsenen – aus, sondern umfasste weitere Merkmale mit erheblichem Schädigungspotenzial, deren Folgen für die Betroffenen bislang unzureichend untersucht sind. Diese Studie fokussiert Missbrauchserfahrungen im Sportkontext, Prävalenzraten psychischer Störungen und aktuelle Depressivität. *Methode:* Minderjährig zwangsgedopte, ehemalige DDR-Leistungssportler und Leistungssportlerinnen (n = 101) wurden in einem sportbiografischen Interview systematisch nach sportbezogenem Missbrauch gefragt; mithilfe des Diagnostischen Expertensystems für Psychische Störungen (DIA-X) wurden die Punkt-, 12-Monats- und Lebenszeitprävalenzen psychischer Störungen ermittelt sowie die aktuelle Depressivität qua Patient Health Questionnaire 9 (PHQ-9) erfasst. *Ergebnisse:* Die Mehrheit der Studienteilnehmer (56 %) berichtete über emotionalen Missbrauch im Sportkontext, gefolgt von körperlichem (48 %) und sexuellem Missbrauch (23 %). Bei 98 % wurde mindestens eine psychische Störung diagnostiziert, wobei die durchschnittliche Anzahl von Lebenszeitdiagnosen bei $4,2 \pm 2,7$ lag. Sowohl im Quer- als auch im Längsschnitt wurden Angst-, depressive und somatoforme Schmerzstörungen am häufigsten diagnostiziert. Die Depressivität zum Untersuchungszeitpunkt lag deutlich über den Werten der Allgemeinbevölkerung. *Diskussion:* In Übereinstimmung mit Vorbefunden zeigt die vorliegende Studie, dass minderjährig zwangsgedopte, ehemalige DDR-Athleten und Athletinnen im Sportzusammenhang häufig Missbrauch erlebt haben. Ihre psychische Morbidität ist deutlich höher als die der Allgemeinbevölkerung. In der psychotherapeutischen Praxis ist eine Sensibilität für diese Thematik wichtig, um Betroffenen angemessen begegnen zu können. <https://doi.org/10.1007/s00278-024-00733-6>

Impressum:

Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“, Projektsprecher und **V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. Bernhard Strauß | Universitätsklinikum Jena, Institut für Psychosoziale Medizin, Psychotherapie und Psychoonkologie | Stoystraße 3 | 07740 | Jena

Redaktion: Nico Schneider | 03641—9 39 80 40 | nico.schneider@med.uni-jena.de

Webseite: www.sed-gesundheitsfolgen.de



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

Bedarfe und klinische Versorgung Betroffener von SED-Unrecht

Adrian Gallistl, Nico Schneider & Bernhard Strauß, *Die Psychotherapie—
Schwerpunkt: Gesundheitliche Langzeitfolgen der SED-Diktatur, 2024*

Die Psychotherapie
vormals Psychotherapeut

Seit dem Beitritt der DDR zur BRD wurde die schlechte klinische Versorgungslage Betroffener von Unrecht, das die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) begangen hat, immer wieder kritisiert und eine Verbesserung gefordert. Im Folgenden wird ein Überblick über die bestehende klinisch relevante Literatur zur Versorgungslage der Betroffenen gegeben. Hierzu werden zunächst Definitionsprobleme und die Frage der klinischen Spezifika dieser Zielgruppe diskutiert. Anschließend erfolgt ein Überblick über die aktuelle psychosoziale Versorgung in der „Aufarbeitungslandschaft“, bevor weitere Befunde aus der klinischen Literatur referiert werden. Es gibt Hinweise, dass es sich bei den Betroffenen v. a. um Personengruppen mit gesundheitlicher und sozialer Mehrfachbelastung handelt, bei denen traumabedingte Barrieren der Inanspruchnahme, Kompetenzbarrieren bei Behandlern und strukturelle Probleme des Gesundheitssystems manifest werden. Fragen individuellen Leidens sind zudem untrennbar verklammert mit Fragen des politischen Diskurses und der Ausgestaltung von Entschädigungsregelungen. Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass klinische Grundlagen- und Versorgungsforschung bei diesem Thema aktuell an ihre Grenzen stoßen und vorläufig viele Fragen offenbleiben müssen.

<https://doi.org/10.1007/s00278-024-00737-2>

Specific challenges of researching stress in the context of quiet political repression

Ruth Marheinecke, Ann-Christin Winter, Bernhard Strauss & Veronika Engert, *Comprehensive Psychoneuroendocrinology, 2024, 19: 100248, Artikel ist in Englisch*



Politische Unterdrückung unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Verfolgung ist ein Phänomen vergangener und gegenwärtiger, überwiegend autoritärer Regime. Diese sogenannte leise Repression umfasst Maßnahmen wie die Einschränkung der Meinungsfreiheit, die Überwachung (wahrgenommener) politischer Gegner oder das Verbreiten von Gerüchten, um die Zielpersonen sozial zu isolieren. Solche Erfahrungen chronischen Stresses können bedeutende psychologische und physiologische Gesundheitsfolgen bei den betroffenen Personen zeigen. Allerdings bleibt das gesellschaftliche Bewusstsein für Maßnahmen leiser Unterdrückung begrenzt, was Opfern den Zugang zu Unterstützung erschwert und medizinische Interventionen kompliziert. In der vorliegenden Arbeit stellen wir das Design einer Studie vor, die mit Betroffenen leiser Repression in der ehemaligen DDR, einem eng mit der ehemaligen Sowjetunion verbundenen sozialistischen Staat, durchgeführt wurde. Wir diskutieren die Herausforderungen, die im Laufe der Studie auftraten und präsentieren die gefundenen Lösungen. Obwohl jede Studienpopulation ihre eigenen Herausforderungen und Bedürfnisse hat, möchten wir zukünftige Forschung im Bereich leiser politischer Unterdrückung sensibilisieren. Angesichts des begrenzten Verständnisses des Phänomens besteht ein dringender Bedarf an weiterer Forschung, um die Akzeptanz und Betreuung für vergangene und zukünftige Opfer zu verbessern.

<https://doi.org/10.1016/j.cpnec.2024.100248>

Verfolgen Sie unsere Arbeit gern auf

www.sed-gesundheitsfolgen.de

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Nachricht an nico.schneider@med.uni-jena.de.



UNIVERSITÄTSMEDIZIN
MAGDEBURG



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland